

---

Presseinformation Nr. 1036

---

12. Oktober 2005

---

**PIEPER:**

**Modellprogramm von Bund und Ländern für  
ausbildungsschwache Jugendliche gefordert.**

---

*BERLIN. Zu der heute bekannt gewordenen Zahl von ca. 41.000 noch unversorgten Jugendlichen erklärt die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages, Cornelia PIEPER:*

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass seit Jahren immer wieder junge Menschen ohne Ausbildungsplätze dastehen.

Oft sind die Jugendlichen nicht genügend qualifiziert. Ca. 80 000 Jugendliche im Jahr schaffen immer noch keinen Schulabschluss. Eine mindestens ebenso große Zahl hat große Schwierigkeiten beim einfachen Rechnen, Schreiben und Lesen. Das fortgesetzte Abschieben junger Menschen in Warteschleifen, das derzeit praktiziert wird, muss durch dauerhaft wirkende Maßnahmen ersetzt werden. Die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern muss endlich für die Jugendlichen auch praktisch sichtbar werden. Ich schlage ein großes Modellprogramm von Bund und Ländern etwa nach dem Muster des produktiven Lernens oder der dänischen Produktionsschulen vor. Es geht um die Verbindung von Allgemeinbildung und Berufsorientierung gerade bei den Jugendlichen, die Schwierigkeiten haben.

Wir begrüßen die intensiven und durchaus erfolgreichen Bemühungen besonders der Handwerks-, Handels- und Industriekammern um die Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen. Dieser Erfolg wäre nicht möglich gewesen, hätten sich die rot-grünen Pläne der Ausbildungsplatzzwangsabgabe erfüllt.

Nun ist die kommende Bundesregierung am Zug: Das Berufsbildungsgesetz muss weiter verbessert werden. Wir brauchen unter anderem eine Deregulierung der Ausbildungsvergütungen wenigstens für die nicht- tarifgebundenen Betriebe. In vielen strukturschwachen Regionen ist die Ausbildung für die Betriebe einfach zu teuer. Deshalb muss zumindest die Möglichkeit geschaffen werden, bei den Ausbildungsvergütungen auch die lokale und regionale

Verantwortlich:  
**ISABELLA PFAFF**

**Telefon**  
(030) 227-52388

**Fax**  
(030) 227-56778

**E-Mail**  
pressestelle@  
fdp-bundestag.de

Arbeitsmarktsituation angemessen zu berücksichtigen und so von der starren Anbindung an Tarifverträge abzurücken. Weiterhin muss die Stufung der Berufsausbildung konsequent und umfassend in die Praxis umgesetzt werden. So können mehr Jugendliche ausgebildet werden und die Schwächeren bekommen auch eine Chance.

Schnell kann das große Potential im Bereich der Pflegedienstleistungen für Einstiegsqualifikationen und anschließende Ausbildung genutzt werden. Die Bundesagentur für Arbeit ist aufgefordert, im Zusammenwirken mit den Kammern und den Trägern der Pflegeeinrichtungen in diesem zukunftsträchtigen Bereich kurzfristig verstärkt tätig zu werden.

Susanne Bühler  
Telefon: (030) 227-52378  
pressestelle@fdp-bundestag.de